



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

22. August 1950

P/7/194

Hinweise
auf den Inhalt:

Zum europäischen Jugendproblem	S.1
Bürgerkriegsstimmung in Kolumbien	S.3
Das bayerische Betriebsrätegesetz	S.4
Salomon Grumbach - ein Porträt	S.5

Krise der europäischen Jugend?

C.G. Die Klagen über die politische Indifferenz der Jugend wollen nicht verstummen, ohne dass man sich Mühe gibt, nach den letzten Ursachen dieser Erscheinung zu forschen. In den meisten Fällen glaubt man darin eine spezifisch deutsche Erscheinung zu erkennen und betrachtet sie als eine Folge des Nazismus. Der Sprung von einem Extrem in das andere, in diesem Falle von der totalen Hingabe an die Politik zu deren Ablehnung als eines "schmutzigen Geschäftes" ist eine bekannte Tatsache. Aber die Wurzeln der Problematik liegen tiefer. Denn sie beschränkt sich nicht auf Deutschland, nicht einmal auf die Jugend in den Ländern Europas, die ein ähnliches Schicksal wie Deutschland erlitten haben. Sie ist heute, mehr oder weniger verdeckt, in allen Ländern der westlichen Welt vorhanden, gerade auch dort, wo materielle Not nicht als Grund für Skepsis und Hoffnungslosigkeit angegeben werden kann. Nicht nur in Deutschland klagen Politiker über mangelnden Versammlungsbesuch und geringe Wahlbeteiligung der Jugend, solche Stimmen vernimmt man z.B. auch in Ländern mit einer ausgeglichenen Sozialstruktur. Eine Jugend, die sich unter dem Begriff Arbeitslosigkeit kaum mehr etwas konkretes vorstellen kann, reagiert auf den Appell zu politischer Beteiligung ähnlich wie jene, die zur Arbeitslosigkeit geradezu verdammt zu sein scheint. Auf den ersten Blick handelt es sich offenbar um zwei völlig verschiedene Phänomene, die nur zufällig gleiche Ergebnisse zeitigen. Hier scheint die Ungerechtigkeit in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen keine gesteigerte Aktivität, sondern lähmenden Fatalismus zu erzeugen, dort die Verwirklichung eines

grossen Teiles der Ziele, für die die Väter einst unter Einsatz ihrer ganzen Person gekämpft haben, passive Selbstzufriedenheit mit dem Erreichten.

Bei reiflicher Überlegung lässt sich trotz so verschiedener sozialer Umwelten ein gemeinsamer Wurzelboden der Krise finden. Es ist jenes oft zitierte "geistige Vakuum" innerhalb der westlichen Welt, dessen Anfänge weit ins 19. Jahrhundert zurückgehen und das heute besonders sichtbar wird. Hier liegt die offene Flanke gegenüber der Drohung des Totalitarismus. Vorscheinliche Rezepte, die die Wiedererringung einer gemeinsamen, für alle verbindlichen Weltanschauung anpreisen, gewähren keine Heilung. Das Bekenntnis zur Entscheidungsfreiheit des einzelnen in den letzten Dingen unterscheidet den Westen ja gerade von der geistigen Öde totalitärer Systeme. Aber diese Freiheit umschliesst die Gefahr einer Bindungslosigkeit, auf die ein geschlossenes Weltanschauungssystem solch grosse Anziehungskraft ausübt. Schliesst sich damit der tödliche Zirkel? Ist das Schlagwort von der sogenannten "verlorenen Generation" keine leere Phrase?

Trotz aller Verschiedenheit in der sozialen Struktur und in der weltanschaulichen Überzeugung gibt es einen gemeinsamen Wert, der tiefer verwurzelt ist als in blosser Zweckhaftigkeit und materiellem Nutzen und deshalb aus Lethargie zur rettenden Tat führen kann. Die Freiheit ist auch heute noch weit mehr als ein toter Begriff, nur muss sie aus den Erfordernissen von heute richtig verstanden werden. Sie wird von denen verraten, denen sie nur als Lippenbekenntnis dient und als bequemer Vorwand für die Flucht vor der sozialen Verantwortung, die sie untrennbar in sich schliesst. Das gilt nicht nur für die politischen und sozialen Spannungen innerhalb eines Volkes, sondern auch für die Gegensätze von Armut und Reichtum und zwischen den Völkern. Alle Selbstzufriedenheit mit dem bereits erreichten höheren Lebensstandard des eigenen Landes ist heute fragwürdig geworden. Es gibt keine Inseln sozialen Wohlstandes inmitten einer Welt von Not und Unterdrückung. Denn mit blosser Defensive lässt sich eine Krise nicht überwinden.

Bajonette vor dem Parlament
Von unserem F.H.-Südamerika-Korrespondenten

Die konservative Regierung Kolumbiens hat verfügt, dass das Parlament des Landes, dessen ordentliche Tagungsperiode am 20. Juli beginnen sollte, nicht einberufen werden darf. Die militärische Besatzung des Parlamentsgebäudes in der Landeshauptstadt Bogota ist verstärkt worden, damit der Zutritt mit Waffengewalt verhindert werden kann. Der Präsident des Parlamentes, ein Liberaler, ist Tag und Nacht von einem Schwarm von zivilen und uniformierten Polizisten umgeben. Sie sollen verhindern, dass er das Parlament - oder eine beschlussfähige Anzahl Abgeordneter - an einem anderen Ort versammelt und dort zumindest den einen Beschluss fassen lässt, den man schon im November vorigen Jahres fassen wollte und um dessentwillen die Regierung das Parlament schließen liess: nämlich die Anklage-Erhebung gegen den konservativen Präsidenten und seine Minister wegen Verfassungsbruch.

Die einzige, aber umso verhängnisvollere Ursache der gewaltsamen Ausschaltung des kolumbianischen Parlaments ist, dass im Parlament die liberale Partei die Mehrheit hat, während der im November vorigen Jahres unter zweifelhaften Umständen gewählte Präsident Laureano Gomez Konservativer ist, glühender Verehrer Francos und sich ein Kabinett aus der konservativen Partei zusammengestellt hat, das im Ausnahmezustand regiert. Ein solcher Zustand, ein solcher Gegensatz zwischen Regierung und Parlament ist ein "kalter" Bürgerkrieg, der über kurz oder lang zum "heissen", offenen führen muss. Es ist bezeichnend, dass die nordamerikanische Regierung die Kreditierung und Ausführung eines schon ausgearbeiteten Elektrifizierungsprogramms in Kolumbien wegen der "gespannten und unsicheren" Lage zurückgestellt hat. Ebenso bezeichnend ist aber, dass die kolumbianischen Gewerkschaften, die von den Liberalen aufgefordert wurden, mit Streiks gegen die konservative Diktatur anzugehen, sich für "neutral" erklärt haben.

Die Haltung der Gewerkschaften ist verständlich unter dem Gesichtspunkt, dass es in Kolumbien keine dritte politische Macht neben der konservativen und liberalen Partei gibt. Es handelt sich bei dem Machtkampf zwischen Konservativen und Liberalen um einen Krieg, der auf dem Rücken der kolumbianischen Bevölkerung ausgetragen wird, die durch die Bestimmung des Wahlgesetzes, dass Analphabeten nicht wahlberechtigt sind, keine Möglichkeit hat, auf demokratischem Wege in die Geschichte ihres Landes einzugreifen. Die Haltung der nordamerikanischen

Regierung spiegelt die trostlose Lage wider, in der sich Handel und Wandel unter dem "kalten" Krieg zwischen Konservativen und Liberalen befindet. Auf allen Gebieten geht die Produktion zurück, die Spareinlagen nehmen ab, die kolumbianische Valuta sinkt: alles stellt sich nur die Frage, ob der offene Bürgerkrieg morgen oder erst übermorgen ausbricht!

Für diesen Krieg rüsten sich beide Seiten. Der konservative Präsident hat alle Offiziere aus Polizei und Heer entfernen lassen, die liberaler Sympathien verdächtig waren, die Liberalen schmuggeln so offen Waffen für ihre Anhänger aus den Nachbarstaaten ein, dass die Regierung schon offiziell in Ecuador protestiert hat. Ecuador antwortete kühl, dass der Handel mit Waffen in Ecuador keinen gesetzlichen Beschränkungen unterläge...

- - -

Hundhammers Betriebsrätegesetz

M.R. München, im August

Gegen die Stimmen der SPD und der FDP hat der Bayerische Landtag das heiss umkämpfte Betriebsrätegesetz angenommen. Nur die CSU stimmte mit 86 Abgeordneten für das Gesetz. Alle Einsprüche der Gewerkschaften und der SPD wurden in den Wind geschlagen. Der parlamentarische Kampf um das Betriebsrätegesetz ist beendet, jetzt wird die Auseinandersetzung um ein fortschrittliches Betriebsräte-Recht auf einer anderen Plattform durchgeführt werden. Ob es klug war, kurz vor den Landtagswahlen bei den bereits herrschenden sozialen Spannungen neuen Zündstoff in die Betriebe zu tragen, werden Dr. Hundhammer und seine Treibanten in den nächsten Wochen und Monaten erfahren.

Das bayerische Betriebsrätegesetz bleibt in seiner nunmehr beschlossenen Form nicht nur hinter dem Betriebsrätegesetz von 1920, sondern auch weit hinter dem CDU-CSU-Antrag zu einem Bundesbetriebsrätegesetz im Bundestag zurück. Die CSU, die in ihrem Firmenschild das Wort "sozial" führt, hat die Wiedereinführung der Gruppenwahl beschlossen, durch die der Betriebsfrieden gestört und die Betriebseinheit zer schlagen wird. Durch die Aufspaltung des Betriebsrates in Gruppenräte wird es den Arbeitgebern leicht gemacht, die einzelnen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Ferner wurde der Begriff der tariflich zuständigen Gewerkschaften ausgetilgt, so dass nunmehr auch nichttariffähige unbedeutende Splittergruppen von Arbeitnehmerorganisationen auf das

Schicksal der Betriebe störend Einfluss nehmen können. In Betrieben ohne Betriebsrat ist die Arbeitnehmerschaft gegen willkürliche Kündigungen ungenügend geschützt.

Die Mitwirkung der Beamtenbetriebsräte wird dadurch inhaltlos, dass die vorgesetzte Behörde, die doch Partei ist, endgültig entscheidet. Der Antrag der SPD, ein überparteiliches Schiedsgericht einzuschalten, wurde aus unbegreiflichen Gründen abgelehnt. Selbst die nur gutachtlichen Äusserungen des Betriebsrates bei dienstlichen Beurteilungen wurden in der zweiten Lesung gestrichen. Damit ist der Abschnitt des Betriebsrätegesetzes, der über die Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten in öffentlichen Betrieben entscheidet, völlig entwertet.

Das Gesetz zeigt deutlich, dass die fortschrittsfeindliche Politik Dr.Hundhammers gesiegt hat. Es ist Handhammer gelungen, die mühevoll-Verständigungsarbeit von Ministerpräsident Dr.Ehard während seines Urlaubs unter den Tisch zu spielen und die gewerkschaftlich orientierten Kräfte in der CSU zum Schweigen zu bringen. Auch Dr.Josef Müller, der sich den Anschein eines sozial fortschrittlichen Politikers gibt, wurde von Dr.Hundhammer glatt an die Wand gedrückt. Man kann Dr.Müller den Vorwurf einer groben Spiegelfechtereier nicht ersparen.

Allerdings scheint man jetzt bei der CSU Angst vor der eigenen Courage zu haben, denn es sind Gespräche im Gange, über den Senat, der nunmehr gutachtlich zu dem Gesetz Stellung nehmen muss, eine neuerliche Beratung im Landtag herbeizuführen und dort zumindest den Begriff der "tariflich zuständigen Gewerkschaften", der im Gesetz gestrichen wurde, wieder einzufügen.

Die CSU ist der fortschrittsfeindlichen Politik Dr.Hundhammers gefolgt. Sie hat damit den Kampf der Arbeitnehmerschaft gegen die Regierung heraufbeschworen. Sie kann gewisse sein, dass die Arbeiterschaft diesen Fehdehandschuh aufgreifen wird.

- - -

Feuerkopf Grumbach - kurz belichtet

Es ist immer wieder ein kleines Erlebnis, den französischen Sozialisten Salomon G r u m b a c h öffentlich sprechen zu hören, diesen quicklebendigen kleinen Elsässer nicht weit von den siebzig, dessen politische Heimat seit fast einem halben Jahrhundert Frankreich ist und der das Deutsche, das er bis zur letzten Feinheit beherrscht, mit französischer Vehemenz, gleichsam in oratorischen Kaskaden aus sich heraus-

strömen lässt. Das deutsche Ohr, an ein gemässigeres Sprochtompo gewöhnt, kann ihm oft nicht folgen.

Er ist ein Sprecher voll inneren Pathos', ausgestattet mit allen Attributen eines leidenschaftlichen Redners, mit seinen Vorzügen und - um ehrlich zu sein - auch mit dem weit verbreiteten Fehler vieler grosser Redner: so schwer zum Schluss zu kommen. Tritt Grumbach ans Pult, gerät auch der gleichmütigste Versammlungsmanager in gelinde Verzweiflung, denn die wohlüberlegte Zeiteinteilung einer Kundgebung ist unwiderruflich dahin.

Gesten und Mimik sind von südländischer Lebhaftigkeit, von einem bisweilen fast betäubenden jugendlichen Ungestüm. Immer wieder durchbricht er aber auch die Schranken einer festgefügtten Konzeption und einer durchsichtigen Gedankenführung. Er spricht zu den Tausenden vor ihm und plötzlich kehrt er ihnen, was niemand sonst tut, den Rücken und wendet sich an die 50 oder 60 auf der Tribüne, zu den politischen Freunden, den Funktionären und den 'Honoratioren', wenn er glaubt, dass dieses oder jenes gerade ihnen gesagt werden sollte. Er beschwört, er warnt, er begeistert und klagt an. Aber es fällt ihm schwer, zu irgend einer Frage oder einem Menschen sine ira et studio Stellung zu nehmen.

Bisweilen scheint er unter der Fülle der andrängenden Gedanken und Vorstellungen - aus der persönlichen Erinnerung, aus der geschichtlichen Betrachtung, aus der Tagespolitik - fast zu leiden, weil selbst seine wieselflinke Zunge damit nicht Schritt hält. Er spricht von der Einheit der Arbeiterklasse in der Welt und plötzlich taucht die Reminiszenz an ein persönliches Gespräch mit Lenin vor 35 Jahren auf, die im Augenblick ganz plastisch wird - ein etwas verwirrender Vorgang für die Zuhörer, von denen wohl die Mehrzahl erst nach jener Begegnung geboren ist.

"Wir sind" - und er meint damit die Internationale des freiheitlichen Sozialismus - "keine organisierte Meinungsanstalt, in der man kein Fenster aufmachen darf, weil es sonst zieht", ruft er leidenschaftlich in die Versammlung hinein. Richtig: Wenn er spricht, geht es immer wie Zugluft durch den Raum. Manche schon dann nach dem offenen Fenster und möchten es schliessen, aus Angst vor einer Erkältung. Andere empfinden sie als recht erfrischend und wünschen sie sich auch bei manchen Gelegenheiten, bei denen Grumbach nicht zugegen ist.

-a.

- - -